

Hidjra ins Land der Ungläubigen

Die islamische Zuwanderung - und wie Deutschland damit umgehen müßte



In Europa hat der Islam in den 1400 Jahren seiner Geschichte außer in einigen von den Osmanen beherrschten Gebieten auf dem Balkan — keine Wurzeln schlagen können. Seine Lehre hat die Europäer weder emotional noch intellektuell faszinieren oder trösten können, sie blieb ihnen fremd. 711 eroberten die Muslime Andalusien, mit der militärischen Niederlage aber verschwand die Religion auch wieder. Dawa, die freundliche Einladung, den Islam anzunehmen, fiel bei den Christen — zumindest in Europa — also nicht auf fruchtbaren Boden. Heute wird die Vokabel von den Muslimen anders übersetzt und als Begriff für »Dialog« benutzt.

Im deutschsprachigen Teil Europas gab es zwar Ende des 19. Jahrhunderts eine »Orientmode«, aber der Kreis der zum Islam Konvertierten beschränkte sich auf kaum mehr als eintausend Gläubige; heute sind es in der Bundesrepublik — meist durch Heirat — weniger als einhunderttausend. Moscheevereine oder Moscheen, die zum Beispiel in Berlin entstanden, waren die Sache von Zugewanderten. Die seit den Siebziger- und

Achtzigerjahren von türkischen Gastarbeitern ursprünglich als Kulturvereine gegründeten, dann zu Moschee- und Islamvereinen umgewandelten Zusammenschlüsse waren und sind Organisationen von Zugewanderten und deren Kindern.

Die Deutschen, die in diesen Vereinen Mitglieder sind, sind eingebürgerte Migranten. 55 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime verfügen über eine ausländische Nationalität, die übrigen 45 Prozent sind Deutsche mit Migrationshintergrund. Zu fast zwei Dritteln stammen sie aus der Türkei. Ein Übertritt von »eingeborenen« Deutschen zum Islam ist zumindest statistisch nicht zu erfassen. Auch eine Heirat von Muslimen mit Angehörigen anderer Religionen ist die Ausnahme. Nimmt man allein diese Zahlenverhältnisse als Indikatoren für die Integration der Muslime, fällt das Fazit negativ aus.

Dass wir über den Islam in Europa diskutieren, schulden wir keiner intellektuellen Marotte und keinem Wettstreit der Ideen, sondern der sozialen und politischen Realität. Der Islam in Europa ist das Ergebnis der Migration aus den arabischen Ländern und den Gebieten des ehemaligen Osmanischen Reiches — ein Erbe des französischen und britischen Kolonialismus. In den derzeitigen Grenzen der Europäischen Union leben über 20 Millionen Muslime, 12 Millionen als Migranten in Westeuropa, auf die Bundesrepublik entfallen laut Bundesamt für Migration aktuell zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime. Die Regierung der Türkei wird die islamische Orientierung künftig stärker als Faktor der europäischen Außen- und Innenpolitik

geltend machen. Die Auseinandersetzung mit dem, was Islam ist und wie er gelebt wird, berührt also den Kern der europäischen Zukunft.

Die »Meistererzählung« der Migration

Dass man heute als Türke auf Dauer nur noch nach Deutschland kommen kann, wenn man heiratet, ist eine Besonderheit der inzwischen fast fünfzig Jahre währenden Zuwanderungsgeschichte. Und diese Geschichte der Migration wird ganz unterschiedlich erzählt.

Die türkische Sicht der Dinge erläuterte der türkische Ministerpräsident Tayyip Recep Erdogan im Februar 2008 in Köln. Er hielt eine Rede an »seine Landsleute« in Deutschland, die großes Aufsehen erregte. »Seit dem Jahr 1961«, sagte Erdogan, »haben Tausende unserer Brüder und Schwestern ihre Häuser, manchmal ihre Familien, ihre Eltern, ihre Ehefrauen und ihre Kinder zurückgelassen und sind hierhergekommen. Nicht wenige haben hier geheiratet, es kamen hier Kinder zur Welt, es wurden hier Enkel geboren. Heute haben Sie allein in Deutschland eine zahlenmäßige Stärke von fast drei Millionen erreicht. Sie haben nunmehr seit 47 Jahren mit Ihrer Arbeit, mit Ihrem Bemühen dazu beigetragen, dass Deutschland vorankommt, dass Deutschland in Europa und in der Welt zu einem mächtigen Land wird. Sie haben hier gearbeitet und sich bemüht, Ihre Identität, Ihre Kultur, Ihre Traditionen zu bewahren. Ihre Augen und Ihre Ohren waren immer auf die Türkei gerichtet. Die türkische Gemeinschaft hat sich volle 47 Jahre für dieses Land verausgabt.«

Diese Darstellung der Türken, die von den Deutschen trotz ihrer Meriten wenig anerkannt werden, obwohl sie sich »für dieses Land verausgabt« haben, das ohne sie nie so weit gekommen wäre, ist nicht erst seit Erdogans Rede, sondern seit Jahren so etwas wie die »Meistererzählung« der deutsch-türkischen Migrationsgeschichte. Kaum ein türkischstämmiger Politiker, kaum ein Moscheeverein, kaum ein Migrationsforscher oder Integrationsbeauftragter, der nicht auf das »Opfer-Epos« zurückgreift, wenn es darum geht, vermeintliche Versäumnisse der Integrationspolitik zu kritisieren. Und Zustimmung ist ihren Klagen dabei meist gewiss.

»Die Türken werden abgestempelt«, zitiert Hürriyet den emeritierten Migrationsforscher Professor Klaus Bade.

»Es geht vor allem um eine soziale Frage und nicht um eine kulturelle«, sagt der Grünen-Chef Cem Özdemir.

»Es ist falsch, Integration nach ethnischen Kriterien zu beurteilen«, sagt Hakki Keskin von der »Linken«.

»Ethnisierung des Problems hilft nicht weiter«, sagt auch Emine Demirbükten-Wegner aus dem Bundesvorstand der CDU.

Die Bildungspolitik und der Mangel an Perspektiven seien für die schlechten Bildungsergebnisse der Migranten verantwortlich, sagt die ehemalige Kölner SPD - Abgeordnete Lale Akgün.

Die türkischstämmigen Politiker quer durch alle Parteien arbeiten seit Jahrzehnten daran, ihre Klientel als Opfer zu stilisieren, und treten selbst als deren Anwälte auf. Sie behandeln die türkische Community als Mündel, reden, sprechen und entscheiden für sie. Der deutschen Politik war das lange ganz recht: Sie setzte sich lieber mit den türkischstämmigen Stellvertretern als mit den Migranten selbst auseinander. Und in der türkischen Gesellschaft ist man eine solche Bevormundung gewöhnt: Hier führen die Abis, die älteren Brüder, sekundiert

von den Ablas, den großen Schwestern, das Wort und treffen die Entscheidungen für alle anderen.

Die selbst ernannten Vormunde fühlen sich stark, weil sie untereinander als Türken einig sind. Auch wenn sie gewählte Abgeordnete hiesiger Parteien und damit zum Wohl des deutschen Volkes zu arbeiten gehalten sind, betreiben sie, die »Augen und Ohren« auf die türkische Klientel gerichtet, Lobbypolitik. Mehr Geld für die Türken, fordert der Türken-Lobbyist und SPD -Genosse Kenan Kolat, gebetsmühlenhaft wiederholen das auch seine Kollegen aus anderen Parteien. Keiner von ihnen redet öffentlich über arrangierte Ehen, Ehrenmorde, Importbräute, Gewalt in Familien, Missbrauch staatlicher Mittel oder über Parallelgesellschaften. Im Gegenteil: Sie tun alles, um zu verhindern, dass solche Probleme öffentlich diskutiert werden oder nach den Gründen, nach Möglichkeiten der Abhilfe gefragt wird.

Im Land der »Ungläubigen«

Es gibt in Deutschland eine große Gruppe aus der Türkei stammender Migranten, die sich — trotz widriger Umstände, trotz schwieriger Arbeits- und Lebensbedingungen — hier eingerichtet und sich für Deutschland und nicht die Türkei als Heimat entschieden hat. Viele versuchen, sich zu integrieren, die Chancen dieser Gesellschaft zu nutzen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Ein anderer Teil aber ist seit Jahrzehnten schon in Deutschland ansässig und dennoch hier nie heimisch geworden. Nun sind es keine Extremisten, auch keine Fundamentalisten, sondern gläubige Muslime, die nach Deutschland zuwandern: Die Integration in die hiesige Gesellschaft aber verweigern sie mit dem Argument, sich nicht mit den »Unreinen« gemeinmachen zu wollen. Ihr Leben hier ist vorrangig von dem Imperativ bestimmt, sich abzugrenzen, und von der Sorge, ihre Kinder könnten womöglich von der Kultur der Ungläubigen sozialisiert werden. Deswegen tun sie alles, um die Kontrolle durch Familie und Umma möglichst engmaschig zu gestalten; deswegen meiden sie den Kontakt zu den Deutschen und hindern damit auch die Nachgeborenen, in dieser Gesellschaft anzukommen.

Sie haben ihre Dörfer verlassen, weil es ihnen dort oft an den elementarsten Dingen fehlte, an Arbeit, Sicherheit, Bildung, an Rechten. Trotzdem gibt es auch für die meisten Migranten nichts, was sie mit ihrem neuen Lebensort in Deutschland verbindet: Weder bedeuten ihnen die Landschaften etwas noch das deutsche Essen, weder die Musik Beethovens oder Bachs noch der Tag der Deutschen Einheit oder der Heilige Abend. Die wenigsten werden auf die Zugspitze klettern oder nach Helgoland fahren, sondern weiterhin, wenn es ihnen möglich ist, nach Mekka oder Mardin. Sie sind hier, weil ihnen dieses Land soziale und rechtliche Sicherheiten bietet, weil sie hier ein nahezu kostenloses Gesundheitssystem nutzen können, weil sie hier mit ihrer vielköpfigen Familie Anspruch auf eine materielle Grundversorgung haben, ihre Kinder Lehrmittelfreiheit in der Schule genießen und die Religionsfreiheit ihnen ermöglicht, »dem Islam zu gehorchen«.

Nicht dass die Errungenschaften des Sozialstaates ihnen zugute-kommen, empört mich, sondern dass manche trotz der vielen Vorteile, die ihnen dieser Staat im Vergleich zu ihrer früheren Heimat bietet, weder Dankbarkeit zeigen noch Anstrengungen unternehmen, ihm dafür etwas zurückzugeben, sondern die Gesellschaft, die ihnen ein solches Leben ermöglicht, auch noch verachten.

Wenn »Sinn und Zweck von Integration« darin besteht, »dass die familiäre Zuwanderungsgeschichte irgendwann keine Rolle mehr für ein erfolgreiches Leben in der

Gesellschaft spielt«, so ein Gutachten des Berliner Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, dann ist sie in Bezug auf die größte der hiesigen Migrantengruppen, die türkischstämmigen Einwanderer, gescheitert. Der Demograf Herwig Birg von der Universität Bielefeld hat den Mikrozensus 2007 ausgewertet und Alarmierendes herausgefunden: In Sachen Bildung sind bei den Türken die schlechtesten Werte zu registrieren.⁵² Von den Männern haben 17,4 Prozent und bei den Frauen 25,9 Prozent keinen Schulabschluss (Nichtmigranten 1,4 bzw. 1,3 Prozent). Jeder zweite junge Türke hat keine Berufsausbildung, und bereits 27 Prozent der türkischen Zuwanderer leben von Hartz IV. Da gerade diese Gruppe demografisch stärker als andere Einwanderer zunimmt, während gleichzeitig die Noch-Mehrheitsgesellschaft rapide schrumpft, wird ihre mangelnde Integration zum zentralen Problem der ganzen Gesellschaft. Es droht, wird diese Entwicklung nicht aufgehalten, ein »Kulturabbruch«, wie Birg konstatiert. Diese Folgen sollten wir vor Augen haben, wenn wir glauben, die Integrationsfrage als eine rein soziale Aufgabe verstehen zu können.

Osman in Almanya

Ich möchte von einer Familie berichten, die seit 37 Jahren in Deutschland lebt. Man könnte sagen, dass sie glücklich ist. Ich habe das Schicksal der Familie Karakas in den letzten dreißig Jahren zunächst aus unmittelbarer Nähe und dann aus einiger Entfernung verfolgen können. Einiges davon habe ich in meinem Buch »Die fremde Braut« geschildert, dabei wie auch hier Namen und Orte verfremdet, weil es über die individuellen Umstände hinaus um die exemplarische Lebensgeschichte einer Migrantenfamilie geht.

Als Osman Karakas 1972 im Alter von 32 Jahren seine schwangere Frau Lütfiye und seine beiden Söhne Halit (vier) und Yavuz (zwei) in seinem Dorf in den Bergen Zentralanatoliens zurückließ, um in Almanya, in Deutschland, zu arbeiten, versprach er, im nächsten Sommer wiederzukommen. Sein Arbeitsvertrag war für den anatolischen Landarbeiter so etwas wie ein Lottogewinn, der ihn hoffen ließ, köscheyi dönme, um die Ecke zu kommen, d.h. schon bald finanziell ausgesorgt zu haben. Von dem Lohn, der ihm zugesichert wurde, und einer für ihn so unglaublichen Sache wie dem »Kindergeld« würde er im kalten Norden leben, aber auch noch Frau und Söhne zu Hause, in seinem Dorf, ernähren können. Er würde sich Land kaufen und endlich das Haus bauen können, das sich alle so sehr wünschten.

Osman wurde als ungelerner Schichtarbeiter in einem Fahrzeugwerk angestellt und wohnte in einem Wohnheim in der Nähe des Werksgeländes. Aus dem geplanten »einen Jahr« wurden viele Jahre. Zu seiner Familie fuhr er nur während der Werksferien mit dem Bus und vielen Koffern. Eine Woche dauerte allein die Hin- und Rückreise, die übrige Zeit verging mit Begrüßung, Besuch und Verabschiedung von Verwandten.

Die Türkei machte gerade unruhige Zeiten durch, die Gewerkschaften nutzten das erst seit einigen Jahren legalisierte Streikrecht und kämpften gegen hohe Preise und Arbeitslosigkeit. Die türkische Wirtschaft war am Boden, erst das 1964 mit der Europäischen Union

Der Streit ums Kopftuch

Schutzschild, Glaubenszeichen oder politisches Symbol?

Ein Kopftuch ist eigentlich doch nichts anderes als ein Stück Stoff mal aus schlichtem Kattun, mal aufwendig mit paillettenbesetzter Georgette, aus Synthetik oder Seide, grell oder farblich dezent, kleinformatig oder großvolumig. Und doch ist es zum sichtbaren Symbol im Kampf um die Rechte der Frau geworden. In der Geschichte muslimischer Gesellschaften war es oft — um

ein Bild des Geheimrats Goethe zu bemühen — die »Standarte«, unter der die »Heilsbringer«, die religiösen Ideologen, gegen die Moderne zu Felde zogen.

Mit dem Kopftuch wird, wo immer Muslime leben, Präsenz gezeigt, und zwar nach innen wie nach außen, das Sonderrecht auf ein »religiöses Leben« beansprucht und die Abgrenzung zu einer Gesellschaft demonstriert, »in der alles erlaubt ist«. Ich sehe darin das Bemühen, das Religiöse gegen das Säkulare, das Patriarchat gegen die Gleichberechtigung der Frauen in Stellung zu bringen, die Geschlechter-Apartheid festzuschreiben und die muslimische Frau aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Bis heute bietet dieses Stück Stoff immer wieder Anlass zum Streit.

Als Zankapfel tauchte der Schleier zum ersten Mal bei Mohammeds Auseinandersetzung mit den Juden in Medina auf. Anlass war, so wird es überliefert, ein Streit, den ein jüdischer Goldschmied mit einer muslimischen Marktfrau anzettelte und bei dem er ihr zum Spott anderer ihren Umhang entriss. Ein Muslim erschlug daraufhin den Goldschmied. Nun aber rächten sich die Juden und töteten den Mörder. Mohammed fasste diesen Vorfall als schwere Beleidigung auf. Der Prophet erklärte der jüdischen Gemeinde, die sich ohnehin allen seinen Bekehrungsversuchen verweigert hatte, den Krieg, vertrieb die Juden aus Medina oder brachte sie um. Die »entschleierte Frau« war der — nicht ganz unwillkommene — Anlass, mit den Juden abzurechnen, die nicht zum neuen Glauben überwechseln wollten.

Aber erst nach dem Tod Mohammeds wurde es üblich, einen »Schleier« anzulegen. Die christliche Mode wurde nach der Eroberung Syriens im siebten Jahrhundert von den muslimischen Frauen in Arabien übernommen, allerdings galten ihnen das Kopftuch oder der Schleier weniger als Zeichen des Glaubens, sondern als Schutzschild vor den Zudringlichkeiten der Männer.

Umgekehrt machten in islamischen Gesellschaften Frauen ihren Anspruch auf Gleichberechtigung und auf ihren Platz in der Öffentlichkeit dadurch geltend, dass sie den Schleier ablegten.

In der Geschichte des Islam gibt es eine starke Tradition der »Entschleierung«, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte, als der Ägypter Qasim Amin in einer Streitschrift für »Die Befreiung der Frau« den Schleier, der die Frauen von der übrigen Gesellschaft trenne, als ein Zeichen der Erniedrigung wertete und sie ermutigte, sich seiner zu entledigen.

1923 warfen die Frauen der Ägyptischen Feministischen Union ihre Schleier demonstrativ ins Meer. 1927 legten 87 000 Frauen in Usbekistan öffentlich ihre »schwarzen Kutten« ab, 300 wurden dafür von ihren Männern ermordet. 1925 verbot Atatürk in der Türkei den Schleier, 1936 ließ Schah Reza Pahlewi im Iran den Tschador verbieten, in den Fünfzigerjahren entschleierten sich tunesische Frauen.

1979 drehte Ayatollah Khomeini das Rad der Geschichte wieder zurück und verpflichtete die Frauen auf den Tschador. Die Frauen der Regierenden in der Türkei treten heute demonstrativ mit dem Schleier auf, aber der Versuch der AKP-Regierung, das unter Atatürk verhängte Kopftuchverbot an den Universitäten aufzuheben, führte 2008 zu einer massiven Regierungskrise. In Frankreich, in dem Land der Aufklärung und der Revolution, die uns die Freiheit gebracht haben, versucht die Regierung, die Burka, das Ganzkörperzelt, zu verbieten; in Deutschland dürfen Lehrerinnen nicht mit Kopftuch unterrichten; die Islamverbände wollen Kinder mit Kopftuch in die Schule schicken.

Allahs Religion gehorchen

Warum taucht das Kopftuch in Europa, in Ländern auf, in denen die Frauen über gleiche Rechte verfügen? Muss man darin ein Indiz für das weltweite Scheitern der Moderne sehen?

Und aus welchen Motiven legen muslimische Frauen das Kopftuch an? Wollen sie sich als Musliminnen zeigen? Und damit ausdrücken, dass sie die gottgewollte Herrschaft der Männer über die Frauen akzeptieren? Ein Zeichen gegen die »kalte« westliche Welt setzen? Sich »unsichtbar« machen, weil sie meinen, nicht in die Öffentlichkeit zu gehören? Nutzen sie es als identitätsstiftende Mode oder als »cooles« Protestsymbol?

Unumstritten ist es jedenfalls auch unter ihnen nicht. 28 Prozent der in Deutschland lebenden Musliminnen tragen es, hauptsächlich sind es Frauen aus der Türkei und aus Nordafrika, Alevitinnen hingegen lehnen es grundsätzlich ab. In der Untersuchung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über »Muslimisches Leben in Deutschland« vom Juni 2009 wurde nach den Gründen für das Kopftuch gefragt. 92,3 Prozent der befragten Tuchträgerinnen halten es für eine religiöse Pflicht, nahezu jeder zweiten Muslimin (43,3 Prozent) vermittelt es Sicherheit, und 43,3 Prozent wollen damit in der Öffentlichkeit als Muslimin erkannt werden. 36 Prozent legen es aus Tradition an, 15,6 Prozent als Schutz vor Belästigungen von Männern, 7,3 Prozent aus modischen Gründen. 6,7 Prozent sagen, dass der Partner es von ihnen erwarte oder fordere, in 5,8 Prozent der Fälle ist es die Familie, die das wünscht, und ebenso viele sehen es als Erwartung ihrer »Umwelt«

Ich habe im Laufe der Jahre immer wieder mit in Deutschland lebenden jungen Kopftuchträgerinnen gesprochen. Nahezu alle haben zwischen ihrem vierten und dreizehnten Lebensjahr regelmäßig die Koranschule besucht — dort, so sagen sie, hätten sie ihren Glauben gefunden und gefestigt. Sie trügen ihr Kopftuch gern, hätten sich daran gewöhnt und könnten sich ein Leben ohne es nicht mehr vorstellen. Sie seien stolz, sich damit sichtbar von unverhüllten Musliminnen und von den Ungläubigen zu unterscheiden.

Mit den »unreinen« Deutschen wollen sie ohnehin nichts zu tun haben, wie mir eine Vertreterin der Schura, einer Vereinigung muslimischer Vereine in Hamburg, stolz erklärte. Ja, der Glaube verlange einiges von ihnen, aber es sei ihre Pflicht, nach Gottes Gesetzen zu leben, und Allah würde sie im Jenseits dafür belohnen. Vielleicht hätten es jene, die ohne Kopftuch und religiöse Pflichten aufwüchsen, im Hier und Heute leichter, aber dafür würden sie im Jenseits bestraft werden. Sie hingegen, die allen Verpflichtungen ihres Glaubens nachkämen, hätten es »geschafft«.

Mit diesem freiwilligen Verzicht auf ihre Gleichberechtigung stehen diese jungen Frauen nicht allein. Auf einer hitzigen Veranstaltung in Paderborn rief mir eine Kopftuchträgerin von der Empore aus wütend zu: »Ich bin Studentin, ich studiere mit Kopftuch, ich habe schon immer ein Kopftuch getragen, keiner hat mich dazu gezwungen. Ich gehorche meiner Religion und habe auch das Recht dazu. Was ist das für eine Welt, in der Frauen halb nackt ihren Körper zur Schau stellen? Was für eine Freiheit soll das sein?« Sie befolge die Gesetze Allahs, so, wie Er es von ihr erwarte.

»Lesen Sie mal den Koran, da steht die Wahrheit«, sprang ihr ein Afghane zur Seite. Das hatte ich längst getan.

Der Koran kennt kein Kopftuch

Die ganze islamische Welt tut so, als sei das Kopftuch für Musliminnen religiös geboten. Ich bestreite, dass es eine »religiöse Verpflichtung« gibt, ein Kopftuch zu tragen. Und ich kann mich dabei auf den Koran und die Überlieferungen berufen.

Im Koran stehen an zwei Stellen konkrete Hinweise auf die Bekleidung von Frauen: Sure 33, Vers 59, lautet: »O Prophet, sag deinen Gattinnen und deinen Töchtern und den Frauen der Gläubigen, sie sollen etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen. Das bewirkt eher, dass sie erkannt werden und dass sie nicht belästigt werden. Und Gott ist voller Vergebung und barmherzig.« Und in der Sure 24, Vers 31, heißt es: »Und sag den gläubigen Frauen, sie sollen ihre Augen niederschlagen, und sie sollen darauf achten, dass ihre Scham bedeckt ist, den Schmuck, den sie tragen, nicht offen zeigen, soweit er nicht [normalerweise] sichtbar ist, ihren khimar, Schal, sich über den Schlitz [des Kleides] ziehen und den Schmuck, den sie tragen, [nicht] offen zeigen, außer ihrem Mann, ihrem Vater, ihrem Schwiegervater, ihren Söhnen, ihren Stiefsöhnen, ihren Brüdern, den Söhnen ihrer Brüder und ihrer Schwestern, ihren Sklavinnen, den männlichen Bediensteten, die keinen [Geschlechts-]Trieb [mehr] haben, und den Kindern, die noch nichts von weiblichen Geschlechtsteilen wissen. Und sie sollen nicht mit ihren Beinen [aneinander] schlagen und damit auf den Schmuck aufmerksam machen, den sie verborgen tragen. Und wendet euch allesamt wieder Gott zu, ihr Gläubigen! Vielleicht wird es euch [dann] wohlgehen.«

Die Anweisung, sich sittsam zu verhalten, nicht aufzufallen und sich frei nur im Beisein der Familie zu zeigen, war eine direkte Reaktion auf die Verhältnisse in Medina, wo Männer Frauen als Freiwild betrachtet haben. Die Frauen des Propheten sollten sich erkennbar von anderen Frauen unterscheiden — »dass sie erkannt werden und dass sie nicht belästigt werden«. Dafür sollten sie den khimar, ein Umschlagtuch ähnlich wie ein Sari, anlegen — der »Ausweis« eines bestimmten Sozialstatus der freien Frauen, ihrer Dienerinnen und der jüdischen Frauen in der Kaaba. Sklavinnen war es bei Androhung von Strafe — verboten, ihn zu tragen. Weder ist an diesen Stellen im Koran vom »Schleier« die Rede noch davon, dass der khimar über den Kopf zu ziehen sei.

Wie die in den Niederlanden lebende ägyptische Autorin Nahed Selim schreibt, »trugen Frauen zu Lebzeiten des Propheten kein Kopftuch, das Hals und Haare völlig verhüllte, wie strenge Musliminnen das jetzt tun, geschweige denn einen Gesichtsschleier. Sie warfen sich das Umschlagtuch, das manchmal nur wadenlang war, nachlässig über ihr normales Kleid, wodurch die Hälfte der Haare, ein Teil des Halses und der Busen zu sehen waren.«

Die Koranverse beziehen sich immer wieder auf den Busen der Frau, denn dort trug sie ihren Schmuck oder ihre Wertsachen, meist in einem Brustbeutel. Traditionalisten beziehen das arabische Wort zinet, Schmuck, auf den ganzen Körper der Frau und übersetzen es als »Schönheit«. Aber das ist absurd, denn wenn im Vers steht, die Frauen sollen nicht mit ihren Beinen »aneinanderschlagen«, kann damit nicht ihre Schönheit gemeint sein, sondern die als Schmuck. Solche Argumentationen sind genauso demagogisch wie der Vorwurf an die 68er-Studenten, ihr öffentlicher Protest, ihre Demonstration gegen das Schah-Regime habe die Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizisten Karl-Heinz Kur-ras 1967 erst möglich gemacht

Aber es ist nicht nur die Diskreditierung einer gesellschaftlich notwendigen Debatte, die mich an solchen Positionen empört. Auch gegenüber den Muslimen drückt sich gerade in der vermeintlichen Fürsprache eine Diskriminierung aus, die nicht hinnehmbar ist. Wer über das Kopftuch nicht reden, wer sich mit den behaupteten »religiösen Vorschriften« der Muslime nicht auseinandersetzen will, nimmt sie nicht als gleichberechtigte Bürger dieser Gesellschaft ernst. Sie »in Ruhe zu lassen« heißt, sie in ihrer Parallelgesellschaft sich selbst zu überlassen, heißt, darüber hinwegzusehen, wie sie ihre Frauen behandeln, wie sie ihre Kinder erziehen, was sie ihren Töchtern zumuten und ihren Söhnen abverlangen.

Die zerstörerischen Konsequenzen einer Haltung, die sich nicht um die muslimische Gemeinschaft kümmern will, haben wir in den letzten Jahren an zahlreichen Schicksalen erfahren — Hatun in Berlin, Morsal in Hamburg oder Büsra in Schweinfurt, um nur einige der über fünfzig Opfer von sogenannten Ehrenmorden in den letzten fünf Jahren zu nennen. Die Muslime »in Ruhe zu lassen« wäre ganz im Sinne der Islamverbände, die das Kopftuch-verbot für Lehrerinnen verantwortlich für den Mord an Marwa El-Sherbini machen. Es ist der durchsichtige Versuch, dieses Verbrechen als Ergebnis einer verbreiteten »Islamophobie« hinzustellen, um sich Rückenwind für die Durchsetzung eigener Interessen zu verschaffen. Umgekehrt haben die »Ehrenmorde« an jungen muslimischen Frauen für die Islamwächter »nichts mit dem Islam zu tun«.

Dass für Marwa Freitagsgebete gehalten und Demonstrationen organisiert wurden, finde ich richtig — es ist Ausdruck des Mitgefühls, der Solidarität mit Marwa und ihrer Familie, den Opfern eines rechtsradikalen Täters. Aber ich möchte auch fragen, wann in den letzten Jahren von Muslimen je ein Bittgebet für die Opfer muslimischer Männer gehalten wurde. Der Versuch, mit Marwa Kopftuchträgerinnen generell als Opfer von Diskriminierung zu stilisieren, soll die inhaltliche Auseinandersetzung um die Rolle der Frau im Islam diffamieren.

Mit dem Kopftuch in die Scharia

Ich glaubte, meinen Augen nicht trauen zu können, als ich Ende Juni 2009, zwei Tage vor einer erneuten Tagung der Deutschen Islam Konferenz, die »Empfehlungen« der Arbeitsgruppe »Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis« las. Dort stand: »In Ausübung ihrer Religionsfreiheit steht es Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Schulen frei, Zeichen ihrer Religionszugehörigkeit zu tragen oder sich religiösen Vorschriften gemäß zu kleiden. Das Tragen des Kopftuches kann daher nicht in Schulordnungen, Elternverträgen o.Ä. untersagt werden.« Wollte sich hier die Islam Konferenz etwa — mit der Empfehlung, das Kopftuch als »religiöse Vorschrift« zu akzeptieren — zum Befürworter von Prinzipien der Scharia machen? Sollte das ein Ergebnis unserer langen Debatten in der Konferenz sein?

Als ich im Plenum der Konferenz heftig gegen diese Weichenstellung protestierte, korrigierte mich der damalige Innenminister die »Rechtslage« in dieser Frage sei kompliziert, von der »Scharia« könne aber doch gar nicht die Rede sein. Da irrte Herr Schäuble und mit ihm ein großer Teil der Öffentlichkeit, weil den meisten der Zusammenhang zwischen dem vermeintlich harmlosen Kopftuch und der wesentlich umstritteneren Scharia gar nicht bewusst ist.

Selbst Muslime nehmen das kontaminierte Wort »Scharia« nicht gern in den Mund, allzu schnell werden damit Steinigungen und Peitschenhiebe assoziiert; aber das eigentliche Grundprinzip der Scharia, die religiöse Normsetzung, wird von vielen Muslimen akzeptiert. »Und lasst euch im Hinblick darauf, dass es [bei der Scharia] um die Religion Gottes geht, nicht von Mitleid mit ihnen erfassen, wenn ihr an Gott und den Jüngsten Tag glaubt!«, mahnt der Koran (Sure 24, Vers 2). Es ist übrigens der einzige Vers im Koran, in dem das Wort Scharia vorkommt.

Der Jurist und Islamwissenschaftler Mathias Rohe, der an den Empfehlungen der Konferenz beteiligt war, definiert die Scharia als »die Gesamtheit aller religiösen und rechtlichen Normen, Mechanismen zur Normfindung und Interpretationsvorschriften des Islam«. Sie ist deshalb mehr als »islamisches Recht«, sie koppelt die »rechtliche Regelung« an »religiöse Verpflichtung«. Das bedeutet im Klartext: Nicht die Rechte eines Individuums bestimmen die Rolle muslimischer Mitbürger in dieser Gesellschaft, sondern ihre Pflichten als Gläubige. Wie sich das mit dem Rechtsstaat vereinbaren lässt, nach dem ein Bürger dieser Republik die

Gesetze zu befolgen hat, die von gewählten und damit legitimierten Abgeordneten verabschiedet werden, ist mir schleierhaft.

Wenn eine Gesellschaft es zulässt, dass andere Rechtskategorien als die der Verfassung Platz finden, wird das Recht zur Machtfrage, gilt über kurz oder lang nicht die bürgerliche Rechtsordnung, sondern das Recht der Gemeinschaft. Wenn Glaubensgemeinschaften nach eigenen Regeln leben und dies vom Staat geduldet wird, legen wir den Keim für eine Gegengesellschaft. Konkret heißt das, wenn wir den Bestrebungen der Islamvereine, ihr System der Scharia durchzusetzen, nicht Einhalt gebieten, wenn die Politik glaubt, diesem Bestreben »pragmatisch« begegnen zu können, nehmen wir die Entstehung einer anderen Gesellschaft in Kauf. Es gab in der deutschen Geschichte schon einmal eine Zeit, in der eine »Volksgemeinschaft« die Bürgergesellschaft verdrängte — mit fatalen Folgen.

Wenn die Deutsche Islam Konferenz Empfehlungen akzeptiert, die eine durch die Religionsfreiheit gedeckte »religiöse Verpflichtung« vorsehen, dann wirft das überdies Fragen auf: Wer setzt denn diese religiösen Normen und mit welcher Legitimation? Es gibt im Islam keine autoritative Instanz, die das könnte und dürfte.

Ich frage mich, warum eine Konferenz, die der deutsche Staat als politisches Diskursgremium zur Integration der Muslime geschaffen hat, der Religionsfreiheit Schritt für Schritt einen höheren Rang einräumt als dem Recht auf Gleichberechtigung.

»Bei Schülerinnen überwiegt in der Abwägung ihre Religionsfreiheit gegenüber dem staatlichen Bildungs-/Erziehungsauftrag«, heißt es in den Empfehlungen. Warum hat in der Arbeitsgruppe von den staatlichen Vertretern niemand dagegen protestiert? Wir wissen doch längst, dass die Wahrnehmung des »staatlichen Bildungsauftrags« für eine gelingende Integration der Muslime entscheidend ist, das Kopftuch hingegen genau gegenteilig ein Mittel der Abgrenzung gegen die Mehrheitsgesellschaft. Diesen Zusammenhang bestätigen auch die Untersuchungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über »Muslimisches Leben in Deutschland: Je enger der Kontakt zur Moschee oder einem islamischen Verein ist, desto spärlicher sind die Kontakte mit Deutschen. Musliminnen ohne Kopftuch haben in der Regel bessere Deutschkenntnisse, einen höheren Schulabschluss, sind häufiger berufstätig und halten mehr Kontakt zu Deutschen.«

Nach Auffassung deutscher Juristen aber muss dem »Elternrecht« Vorrang gegeben werden, sind die Eltern — auch im Falle des Kopftuchs — befugt, solche religiösen Normen für ihre Kinder zu setzen. Das gehört zu ihrem Recht auf »Religionsfreiheit«. Nur, wenn das »Kindeswohl« verletzt wird, darf der Staat in das Elternrecht eingreifen. Dass die Islam Konferenz dieses Recht der Eltern, ihre religiöse Auffassung durchzusetzen, höherstellt als den Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, ist eine Kapitulationserklärung. Kinder sind schließlich kein Besitz der Eltern, sondern stehen unter dem Schutz der Grundrechte. Mir scheint, dass mangelndes bürgerliches Selbstbewusstsein, gepaart mit dem Wunsch, die Muslime zu befrieden, bei der Empfehlung Regie geführt hat. Faktisch ist sie die Legitimation der Scharia als Elternrecht. Eine Verletzung des Kindeswohls sieht die Konferenz darin nicht. Ich komme zu einem ganz anderen Ergebnis.

Sexualisierung und soziale Apartheid

Mädchen vor dem 14. Lebensjahr mit dem Kopftuch in die Schule zu schicken, hat für mich nichts mit Religionsfreiheit oder dem Recht der Eltern auf Erziehung zu tun, es ist ein Verstoß gegen die durch das Grundgesetz garantierte Menschenwürde und gegen das Diskriminierungsverbot. Das Kopftuch qualifiziert das Mädchen als Sexualwesen, das seine

Reize vor den Männern zu verbergen hat und weniger Freiheiten hat als seine Brüder und nichtmuslimischen Schulkameradinnen.

Jede erwachsene Frau mag für sich selbst entscheiden, ob sie sich verhüllt, aber Kinder mit diesem stigmatisierenden Zeichen aufwachsen zu lassen, heißt, sie einer sozialen Apartheid auszusetzen. Streng religiöse Muslime und ihre Islamverbände funktionalisieren die in der deutschen Verfassung garantierte Freiheit der Religionsausübung um und hoffen so, die islamische Geschlechtertrennung und die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen durchsetzen zu können. Sie sexualisieren damit die Kinder.

Für das Recht auf das Kopftuch in der Schule sind muslimische Lehrerinnen durch alle juristischen Instanzen gegangen — und letztlich unterlegen. Nun werden die den Islamverbänden nahestehenden Familien ins Rennen geschickt, um das Kopftuch über ihre Kinder durchzusetzen. Es ist unsere Pflicht, die Kinder davor zu schützen.

Jedes Mädchen hat das Recht, als gleichberechtigtes Mitglied unserer säkularen Gesellschaft anerkannt und so behandelt wie auch geschützt zu werden. Es hat ein Recht, seinen Körper zu erfahren, seine eigene, aber auch andere Religionen und Auffassungen kennenzulernen und selbst zu bestimmen, ob es später ein Kopftuch tragen will oder nicht. Dazu muss es in einem von religiösen Vorschriften freien Raum aufwachsen können, muss lernen, sich bilden können, auch die Chance erhalten, jenes Selbstbewusstsein zu entwickeln, das ihm erst ermöglicht, sich gegen Bevormundung, auch die Bevormundung durch die eigenen Eltern, zur Wehr zu setzen. Seine Erziehung zur Mündigkeit muss durch die Bereitschaft des Staates gesichert werden, seinen Bildungsauftrag wahrzunehmen. Die Hintanstellung dieser Verpflichtung zugunsten des Elternrechts bedeutet für muslimische Mädchen, sie immer wieder den religiösen Vorschriften der Parallelgesellschaft auszusetzen. Ich sehe darin nicht nur den staatlichen Verzicht auf die Wahrnehmung seiner Integrationsaufgabe, sondern auch die Verweigerung von Freiheitsrechten für muslimische Mädchen.

Das deutsche Gesetz spricht seinen Bürgern »Religionsmündigkeit« ab einem Alter von 14 Jahren zu. Das bedeutet, dass zumindest an den Schulen bis zur sechsten Klasse generell das Kopftuch nicht zugelassen werden darf. Jedes Kind hat ein Recht auf Kindheit, es muss über seine Rechte aufgeklärt werden und lernen, wie Freiheit gelebt und verteidigt werden kann. Es hat ein Recht darauf, Selbstbestimmung zu erlernen. Gerade muslimische Mädchen aus traditionellen Familien haben dazu nur in der Schule eine Chance — wo sonst? Sie ist die einzige »Integrationsagentur«, die alle durchlaufen müssen — warum geben wir diesen Anspruch auf?

Entschleiert euch, Frauen!

Emel Abidin Algan kommt aus einer streng religiösen Familie. Die Mutter von sechs Kindern und Funktionärin einer Milli Görüs nahestehenden Frauenorganisation hat das Kopftuch jahrelang mit Stolz getragen. Auch sie wollte sich »abgrenzen«, auch sie wollte ein sichtbares Zeichen ihrer Zugehörigkeit setzen.

Vor einigen Jahren aber hat sie das Kopftuch abgelegt und dies auch öffentlich bekannt. Ihre Kopftücher hat sie dem »Haus der Geschichte« in Bonn übergeben und in einem Artikel der Tageszeitung ihre Abnabelung von diesem angeblichen »Gebot« beschrieben. Aus eigener Erfahrung weiß sie, dass es ernste Gründe für die Unfähigkeit gibt, das Kopftuch von heute auf morgen abzulegen: Zu tief sitzen Scham und Gehorsam in den Köpfen, zu groß ist die Angst vor Glaubensverlust und Sünde, zu klein ist der Mut, Erlerntes zu hinterfragen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Das Kopftuch vermittelt Sicherheit, Aufgehobenheit.

Heute kommt ihr das Argument, die Frau würde mit dem Kopftuch ihre Reize verhüllen, lächerlich vor, zumal so viele junge Mädchen das Kopftuch genau gegenteilig nutzen, sich damit stylen, ihm allerhand Schmuck anheften. Es waren Männer, sagt sie, die das Kopftuchtragen eingeführt haben — es wäre wünschenswert, wenn muslimische Männer heute dazu beitragen würden, dass es auch wieder abgeschafft wird.

Die muslimischen Frauen sollten sich dagegen wehren, die Interpretation ihrer Religion den Männern zu überlassen. Das Kopftuch hat mit religiöser Verpflichtung nichts zu tun, der Koran liefert dafür keine Belege. Wenn wir Schutz vor etwaigen Zudringlichkeiten suchen, sollten wir uns auf die Gesetze verlassen, die sexuelle Belästigung und Gewalt ächten und bestrafen. Muslimische Frauen müssen sich vielleicht vergegenwärtigen, dass ihnen die deutsche Gesellschaft, die Verfassung, im Zweifel die Politik und die Medien.